

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig



Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der komm. Genossenschaftler / Wirtschaftl. Rundschau / Der proletarische Kulturkampf / Für unsere Frauen / Energie

Bezugsgeld monatlich (bei Post 2,50 M.) halbjährlich 1,25 M. durch die Post bezogen monatlich 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-L. / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17259 / Postfachkonto: Dresden Nr. 18690. Dresdener Verlagsgesellschaft / Schriftleitung: Dresden-L. Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: Dresden Nr. 17259 / Drahtnachricht: Arbeiterstimme Dresden / Erscheinungstermin der Redaktion: Mittwochs 16-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

5 Jahrgang Dresden, Sonnabend den 12. Januar 1929 Nummer 10

Hilferdings' Schandtat

Die Werktätigen sollen die 700 Millionen Defizit decken

Der Reichsstat für 1929/30 ist fertiggestellt. Der Finanzminister Hilferding wird dieses Schandstück am nächsten Montag vor dem Reichskabinett vertreten. Dieser Sozialdemokrat hat das „Kunststück“ fertiggebracht, den 10 Milliarden-Etat auszubalancieren. Die diesbezüglichen Veröffentlichungen der „Kosischen Zeitung“ über den Inhalt des Etats betrafen nur, was wir diesbezüglich vorausgesagt haben, nämlich daß der Sozialdemokrat Hilferding schon in seinem Entwurf fast reiflos alle Lasten des Etats in der Form von neuen Massensteuern auf das Proletariat abwälzen wird. Es ist klar, daß dies nicht offen, sondern verknäuelnd, in dem Etat festgelegt wird. Wenn es zumal nach dem Willen der SPD-Führer geht, soll die Arbeiterklasse — aus begreiflichen Gründen — möglichst wenig über den Inhalt des Etats erfahren, so daß man sie später desto besser über die Ohren hardieren kann. So bezeichnet der „Abend-Berliner“ vom Freitag den 11. Januar, die Veröffentlichungen der „Kos. Ztg.“ wütend als eine „In-diskretion“.

Es ist klar, warum der „Vorwärts“ den Inhalt des Hilferding'schen Etats lieber vorerst noch verschwiegen hätte. Man bedenke: Bisher wurde ein Defizit von 700 Millionen Mark festgelegt. Wie der Etat mittelst, sei es durch Abstriche nur allem im Haushaltsplan des Reichswehrministeriums (?) und des Reichspostministeriums mäßig gemindert, das Defizit von 500 Millionen herunterzubringen. Schon das ist sicher ein horrender Schwindel, denn man hätte sich dafür die die Tatsachen belegenden Zahlen angeben. Man geht wahrscheinlich nicht fehl in der Annahme, daß das Defizit ursprünglich zu hoch angegeben und jetzt durch den Hinweis auf Abstriche beim Reichswehrministerium usw. der Arbeiterklasse die Notwendigkeit begründet gemacht werden soll, daß man die 500 Millionen eben aus „anderen Quellen“ beschaffen müsse.

Was fordert der Sozialdemokrat Hilferding? Die Biersteuer soll nach der „Kos. Ztg.“ über den bisherigen Satz von 370 Millionen Mark hinaus einen Mehrertrag von über (?) 100 Millionen Mark erbringen. Aus dem Spiritusmonopol will das Reich ebenfalls zu den bisherigen 270 Millionen noch weitere 100 Millionen Mark gewinnen. Außerdem soll eine Steigerung der Reichspostabgaben an das Reich erfolgen. Und dann will man eine wesentliche (?) Erhöhung der Vermögenssteuer und eine geringe Erhöhung der Erbschaftsteuer vornehmen. Das soll zusammen 400 Millionen Mark erbringen. Die reit-

lichen 100 Millionen will das Reich den Ländern von ihren Uebererschüssen abziehen, die sie infolge der Einnahme der Vermögenssteuer haben.

Es ist typisch, daß die „Kos. Ztg.“ — und darüber hinaus auch in den anderen Tages- und Wochenzeitungen die Presse tun — diesen Etat begrüßt. Tatsächlich bedeuten die Vorschläge Hilferding's größtmögliche Schonung der Bourgeoisie. Die Biersteuer, wie die Erträge aus dem Spiritusmonopol muß reiflos die Arbeiterklasse tragen. Da das „Berliner Tageblatt“ mittelst, daß die Biersteuer nicht nur, wie die „Kos. Ztg.“ mittelst, über 100 Millionen, sondern circa 150 Millionen erbringen soll, und ähnliches man auch aus den Erträgen des Spiritusmonopols erwarten kann, so erbringen diese beiden Massensteuern allein an die 300 Millionen Mark des Defizits. Die 100 Millionen, die man den Ländern nehmen will, werden die Länderregierungen wieder zu erlangen versuchen, indem sie ihrerseits wiederum neue Ländersteuern u. dergl. den Werktätigen auferlegen. Die Reichsregierung verlangt aber auch eine Steigerung der Reichspostabgaben. Es wird nicht lange dauern und die Reichspostverwaltung wird ihre, schon vor einiger Zeit angekündigte Erhöhung der Posttarife verwirklichen, was wiederum eine neue Massenbelastung bedeutet. Was verbleibt demnach noch von dem zu bedeckenden Defizit von 500 Millionen Mark? • F.

Die angebliche „wesentliche“ Erhöhung der Vermögens- und der Erbschaftsteuer

ist nur ein Täuschungsmanöver Hilferding's und dient als Bluff gegenüber der Arbeiterklasse, um sie zu beruhigen.

Die „Kos. Ztg.“ erklärt ganz offen, daß sich außer um den Vorschlag, den Ländern ihren Anteil um 100 Millionen zu kürzen, Differenzen nur um die Erhöhung der Vermögens- und Erbschaftsteuern entwickeln würden. Die SPD-Führer haben aber andererseits schon dafür gesorgt, daß das Steuerprogramm mit „wechselnden Mehrheiten“ verabschiedet wird. Es besteht also alle Aussicht, daß die Mehrheit der bürgerlichen Parteien Vermögens- und Erbschaftsteuer nicht erhöhen werden.

Die Kommunisten werden bei der Staatsberatung und den Steuerfragen rücksichtslos das arbeiterfeindliche Gesicht des Etats vornehmlich keine imperialistischen Aufrüstungs-forderungen und steuerlich keine Massenbelastungen aufzeigen. Die deutsche Arbeiterklasse muß in einer gewaltigen Protestwelle zum Ausdruck bringen, daß sie gegen diese Schandtat des Sozialdemokraten Hilferding und hinter den kommunistischen Forderungen steht.

4 Millionen Arbeiter vor dem Lohnkampf

Berlin, 12. Januar. (Eigene Drahtmeldung.)

Wie der gewerkschaftliche Pressedienst des Gewerkschaftsbundes der Angelegten mittelst, laufen bis Ende Juni dieses Jahres 297 Lohnsätze für fast 4 Millionen Arbeiter.

Im Januar verlieren 13 Tarife, die sich hauptsächlich auf Reichsbahn, Reichspostverwaltung und die württembergische Metallindustrie erstrecken, ihre Gültigkeit. Im Februar werden vor allem die Holz- und Textilindustrie betroffen. Die höchste Zahl der Kürzungen, nämlich 152, ist im März fällig.

Außenpolitische Wochenchau

Brandherd Balkan — Friedenshort Sowjetunion

Der Balkan ist ein alter nie erlöschender Herd von Kriegen und Unruhen in Europa. Ständig toben die Kämpfe der herrschenden Mächte in den Balkanstaaten um die Erweiterung der Grenzen auf Kosten der anderen und um die Ausplünderung der Gebiete. Ein wilder Balkankrieg war das Vorbild des Weltkrieges. Schon damals hatten die Großmächte ihre Hände im Spiel und waren die Hauptnutznießer der „osnischen“. Das jetzige Spiel deutlich in der Krise anlässlich der Annexion Kroatiens-Serbiens durch Österreich-Ungarn (1909), die Aufruf auf den

Plan rief. Der Krieg wurde damals aufgeschoben, aber nicht aufgehoben. Tatsächlich entzündete sich dann, wie jedermann weiß, der Weltbrand an dem brutalen Ultimatum der österreichisch-ungarischen Imperialisten an Serbien.

Der Weltkrieg hat die Grenzen der Balkanstaaten gründlich verändert. Südserbien und Rumänien wurden dank der großen und teilweise reichen Gebiete, die sie einheimen konnten, zu kleinen Großmächten auf dem Balkan. Die Türkei wurde aus ihm vertrieben. Aber es trat keine innere Beruhigung ein. Die alten nationalen Kämpfe, speziell um Mazedonien, gingen erst recht weiter und sie wurden bereichert durch das Regime der nationalen Unterdrückung in den neu „eroberten“ Gebieten. Dazu kommen mächtige und andauernde Klassenkämpfe in den Balkanstaaten, die sich im letzten Jahrzehnt wiederholt zu revolutionären Zuständen zugespitzt haben, um dann durch den grausamen weißen Terror, der von diktatorischen Regierungen der Bourgeoisie ausgeübt wurde und wird, blutig erstickt zu werden.

Nach wie vor sind es die Großmächte, die auf dem Balkan den Taktstock führen. Nur daß die Habsburger Monarchie und der russische Zartismus ausged. eben sind. Um so härter war der Wettbewerb der einstigen Ententemächte, besonders Italiens, sich auf dem Balkan Kolonialstaaten zu sichern. Bis vor nicht langer Zeit, als noch der britische und französische Imperialismus sich auf dem Balkan hielten, war Italien der führende Dritte. Mussolini konnte sich seine Hand auf Albanien legen und sich dort, mittels seines Kommod Jozo, die Herrschaft sichern. Jugoslawiens Einfluß war, zumal wegen seiner inneren nationalen Kämpfe, fast auf den Nullpunkt gesunken, so daß sogar das verprügelte Serbien gegen sie aufstumpfen konnte. Die neue französisch-englische Entente hat hier, zum Verdruß Mussolinis, eine Wende herbeigeführt. Der Balkan soll „befriedet und konsolidiert“ werden, um ein tüchtiges militärisch brauchbares Instrument in den Händen der beiden Ententemächte zu sein, und zwar — darüber ist kein Zweifel möglich — gegen die Sowjetunion.

Die Errichtung der absolutistischen Diktatur in Jugoslawien ist zweifellos mit Wissen und Willen der französischen und britischen Regierungen erfolgt. Zwei Tage vor dem Staatsstreich sprach das französische Regierungsorgan, der Temps, ganz deutlich davon als dem einzigen Ausweg aus der Krise. Auch die Aufnahme des Staatsstreiks durch die Presse der französischen und britischen Imperialisten, die keinerlei Überraschung an den Tag gelegt hat, beweist das volle Einverständnis mit der Diktatur. Die französische Reg. -ungs-presse, voran der Temps, flüchtl. Beifall. Hat doch das französische Finanzkapital, das in Jugoslawien starke Interessen hat, seinen Marinkowitsch und dessen Gruppe in der Regierung. Die englische Regierungspresse, die

Proteststurm gegen Zörgiebel in Berlin

Berlin, 12. Januar. (Eigene Drahtmeldung.)

Das Verbot der Lenin-Liebknecht-Lugenburg-Rundgebung durch den sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Zörgiebel hat auf die Berliner Arbeiterklasse wie ein Pfeilschloß gewirkt. Es gibt nur eine Stimme in den Betrieben, deren Belegschaften sich alle in der Forderung nach sofortiger Aufhebung des reinen Verbotenszustandes in Berlin und des schändlichen Verbots der gefährlichsten Hochschulstunde einig sind. Aus der Reihe der Protestresolutionen der Großbetriebe veröffentlicht die Rote Fahne heute folgende: Eine Versammlung der freigewerkschaftlichen Metallarbeiter des Betriebes Lorenz-Tempelhof, die Belegschaft der AG-Kardendruckerei AG West Treptow, der Arbeiter der Firma Ludwig Pöwe, Gaitenstraße, die freigewerkschaftliche Mitgliederversammlung des Elmo-Werkes bei Siemens, die unter Anwesenheit des DVP-Bezirksleiters tagte, der Belegschaft der AG-Turbine, die Belegschaften der Hochbahnsignalmeisterei 3 und Bahnammeisterei, die zu 100 Prozent freigewerkschaftlich organisierte Belegschaft der Firma Helmut Uhrmacher, Fabrik für Zentralheizung, die Belegschaftsversammlung der stillgelegten Lederfabrik Salomon, Treptow, der Arbeiter der Verbandstoffabrik Hahnemann.

Munitionstransporte gegen China

im Einverständnis mit dem Völkerbund!

Die bürgerliche Weltunion meldet aus London: Wie der Evening Standard berichtet, sind gegenwärtig Vorbereitungen für eine Verschiffung von 12.000 Tonnen Munition von Rotterdam nach Nordchina im Gange. Bei dieser Munitionverschiffung soll es sich im Gegensatz zu früheren Munitionsendungen um eine vom Völkerbund gebilligte Sendung handeln. Der Empfänger der Munition wird nicht genannt. Es wird nur betont, daß die Munition zur „Wahrheitshaltung von Recht und Ordnung“ bestimmt sei.

Leichenwänder

ZÖRGIEBEL

